



## Antrag

der Fraktion der FDP

### Entlastung von Bürgern, Mittelstand und Verwaltung bei Bürokratiekosten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Initiative zur Einrichtung eines Normenkontrollrates der Länder nach Vorbild des Nationalen Normenkontrollrates zu ergreifen und einen entsprechenden Beschluss bei der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz herbeizuführen. Um auch auf Ebene der Länder und Kommunen überflüssige zusätzliche Bürokratie zu vermeiden, soll ein „Normenkontrollrat der Länder“ geschaffen werden, der die Auditierung für alle 16 Bundesländer leisten kann.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die bürgerfreundliche Verwaltung in Schleswig-Holstein voranzutreiben, damit alle Anträge der Bürger in Zukunft auch digital gestellt werden können.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für eine schrittweise Verkürzung der zehnjährigen Aufbewahrungsfrist von Geschäftsunterlagen auf acht und später auf sechs Jahre einzusetzen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Umstellung von Genehmigungs- auf Anzeigeverfahren vorzutreiben. Genehmigungserfordernisse sollen vereinfacht und dem Anzeigeverfahren soll grundsätzlich der Vorzug vor dem Genehmigungsverfahren gegeben werden. Sollte eine Behörde einem Antrag innerhalb einer gewissen Frist keinen ablehnenden Bescheid erteilen, würde der Antrag als genehmigt gelten.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine deutliche Verringerung der Dokumentationspflichten beim Bundesmindestlohn einzusetzen.

6. Der Landtag spricht sich für eine Änderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes des Landes Schleswig-Holstein dahingehend aus, dass zukünftig lediglich die Gewinner von entsprechenden Ausschreibungen die im Gesetz vorgesehenen Nachweise vorlegen müssen.

Christopher Vogt  
und Fraktion